



ERNST-REUTER-HEFTE

2

Liberaler Sozialismus

Ernst Reuters Kampf für die Freiheit

von Matthias Oppermann

Liberaler Sozialismus

ERNST-REUTER-HEFTE

Heft 2

Matthias Oppermann

Liberaler Sozialismus

Ernst Reuters Kampf
für die Freiheit

be.bra
wissenschaft verlag

Bibliografische Information Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos,
in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

© be.bra wissenschaft verlag GmbH
Berlin-Brandenburg, 2013
KulturBrauerei Haus 2
Schönhauser Allee 37, 10435 Berlin
post@bebra-wissenschaft.de
Redaktion der Reihe: Michael C. Bienert
Lektorat: Matthias Zimmermann, Berlin
Bildredaktion: Michael C. Bienert und Claudia Mielke
Gesamtgestaltung: typegerecht, Berlin
Schrift: DTL Romulus 10/13,8pt
Druck und Bindung: Elbe-Druck, Wittenberg
ISBN 978-3-95410-013-2
ISSN 2194-5810

www.bebra-wissenschaft.de

Die Idee der Freiheit

Freiheit ist ein unscharfer Begriff, vielleicht sogar die am wenigsten fassbare Idee in der Geschichte des politischen Denkens. Allein die moderne politische Philosophie kennt unzählige Variationen eines Ideals, über das doch aufgrund seiner existenziellen Bedeutung für den Menschen eigentlich Klarheit herrschen sollte. Thomas Hobbes hatte einen anderen Begriff von Freiheit als John Locke, und Edmund Burke glaubte, die französischen Revolutionäre hätten das genaue Gegenteil der Freiheit verwirklicht, auf die sie sich beriefen: eine aus Ausschweifung geborene, vollkommene Tyrannis. In der Zeit der Restauration deklinierten die französischen Ultra-Royalisten die Freiheit im Plural, um sie von der Freiheit der Liberalen abzusetzen, ohne dabei die einzigen zu sein, die die Vielschichtigkeit der Freiheit anerkannten. Auch Liberale wie Benjamin Constant und Alexis de Tocqueville waren sich über sie im Klaren. Beide unterschieden zwei Arten von Freiheit, die politische und die persönliche Freiheit, die Constant im Jahr 1819 in einer Rede vor dem Athénée royal de Paris mittels eines Vergleichs von Antike und Neuzeit definiert hat: »Das Ziel der Alten war es, die gesellschaftliche Macht unter allen Bürgern eines Staates zu verteilen. Das nannten sie Freiheit. Das Ziel der Modernen ist die Sicherheit des privaten Genusses; Freiheit nennen sie die Garantien, die die Institutionen diesem Genuss gewähren.«¹ Während Constant der Ansicht war, dass der moderne Mensch unglücklich würde, wenn man ihn in erster Linie als *citoyen* behandelte, wenn seine Freiheit also vor allem

1 Benjamin Constant: De la liberté des anciens comparée à celle des modernes. Discours prononcé à l'Athénée royal de Paris en 1819, in: ders.: *Écrits politiques. Textes choisis, présentés et annotés par Marcel Gauchet*, Paris 1997, S. 589–619, hier S. 603. – Alle fremdsprachlichen Zitate wurden vom Verfasser übersetzt.

in politischer Teilhabe bestünde, glaubte Tocqueville, dass die »Freiheit der Alten«, das heißt die politische Freiheit, wenigstens gleichberechtigt neben der modernen, also persönlichen, Freiheit stehen müsse. In der Folgezeit waren sich die Liberalen nicht einig, welche Art der Freiheit wichtiger sei, wenn auch eine Mehrheit sicher zur persönlichen Freiheit tendierte. Und obgleich manche unter ihnen, namentlich Ralf Dahrendorf, der Meinung waren, die politische Freiheit verdiene es gar nicht, als Freiheit bezeichnet zu werden, kann man doch sagen, dass beide von Constant beschriebenen Ideale, wechselseitig aufeinander bezogen, zum Kernbestand des liberalen Freiheitsverständnisses geworden sind.

Herausgefordert wurde dieses Verständnis schon im 19. Jahrhundert von all denen, die bezweifelten, dass wirklich frei sei, wer nicht die Mittel habe, seine Freiheit auch zu nutzen. Von Karl Marx stammt die berühmte Unterscheidung zwischen dem »Reich der Notwendigkeit«, in dem die Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft zu leben hätten, und dem »Reich der Freiheit«, in das sie erst noch gelangen müssten.² Der Weg dorthin war durch den historischen Materialismus vorgegeben. Erst mit der Überwindung der von Marx als »Kapitalismus« bezeichneten Herrschafts- und Wirtschaftsordnung des bürgerlichen Liberalismus sollte der Mensch die Freiheit erlangen können, die Marx in Abgrenzung von den »formellen Freiheiten« des Liberalismus mit dem Begriff der »wirklichen Freiheit«³ versah. Nicht dass Marx die »formel-

2 Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 3: Buch 3. Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion (= Marx-Engels-Werke, Bd. 25), Berlin (Ost) 1964 [erstmalig 1894], S. 828.

3 Ders.: Aus der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Kritik des Hegelschen Staatsrechts (§§ 261–313) (1843), in: ders./Friedrich Engels: Werke, Bd. 1: 1839 bis 1844, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1957, S. 203–333, hier S. 265.



Benjamin
Constant.
Lithografie,
1817.

len Freiheiten« für überflüssig gehalten hätte. Aber er war der Ansicht, dass sie dem Menschen ohne die Befähigung zur Freiheit, das heißt ohne dass er alle wirtschaftlichen Zwänge abgeschüttelt habe, nichts nützten. Geistig hatte er damit den Boden für den Kampf gegen die »formellen Freiheiten« bereitet, den seine Epigonen im 20. Jahrhundert entfesseln sollten. Der sowjetische Totalitarismus führte allen, die es sehen wollten, vor Augen, dass die Überwindung des Liberalismus und die Zerstörung des »Kapitalismus« nicht die Grundlage echter Freiheit schuf, sondern das Fundament einer neuen Art von Tyrannei.

Manche sahen es früher, andere später, einige nie. Die vom Marxismus geprägten sozialistischen Parteien Europas, allen voran die besonders orthodoxe deutsche Sozialdemokratie, lehnten zwar nach 1917 das sowjetische Regime ab, nicht aber, weil sie das Ziel, den Kapitalismus zu überwinden, in Zweifel zogen. Vielmehr kritisierten sie, dass die Bolschewiki nicht den von Marx beschriebenen Weg, sondern eine Abkürzung genommen hatten. Im Deutschland der Weimarer Republik litt die SPD an der ungesunden Mischung aus einer reformistischen Praxis und der marxistischen Ideologie. Reformismus und Revolution lassen sich nicht leicht miteinander in Einklang bringen – zumindest dann nicht, wenn man nicht in Selbstverleugnung leben will. Erst mit dem Godesberger Programm von 1959 gelang es der SPD, ihrem traditionellen Dilemma zu entkommen – nicht indem sie den Widerspruch auflöste, denn das war gar nicht möglich, sondern indem sie den marxistischen Ballast, der sie so lang beschwert hatte, endgültig von sich warf.

Zu diesem Zeitpunkt war Ernst Reuter, der früher als andere Sozialdemokraten begriffen hatte, dass das große und ehrbare Ziel der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter nicht gegen den Liberalismus, sondern nur im Bündnis mit ihm verwirklicht werden konnte, schon seit sechs Jahren tot. Tatsächlich war Reuter, nachdem er 1946 aus dem türkischen Exil nach Deutschland zurückgekehrt war, als Oberbürgermeister und Regierender Bürgermeister von West-Berlin der eloquenteste Fürsprecher, den die persönliche und politische Freiheit in der SPD hatte – eine Position, zu der ihn tief empfundene Überzeugungen ebenso drängten wie Erfahrungen, die er während einer zu diesem Zeitpunkt bereits langen politischen Laufbahn gemacht hatte. Schmerzhaft Erfahrungen muss man sagen, denn er hatte sich durchaus nicht immer immun gegenüber den Versuchungen der Unfreiheit gezeigt.

Ernst Reuter und die kommunistische Versuchung

War Reuter im Jahr 1912 in die SPD eingetreten, so verließ er sie angesichts des Schismas, das nach der russischen Oktoberrevolution durch alle marxistischen Parteien in Europa ging. Dieser Schritt mag für ihn noch näher gelegen haben als für viele andere Linksintellektuelle. Denn nachdem er im August 1916 in russische Kriegsgefangenschaft geraten und ein Jahr später von der Revolution überrascht worden war, muss ihm die Verwirklichung des marxistischen Traums zum Greifen nah erschienen sein. Marxist war Reuter natürlich schon als junger Sozialdemokrat gewesen. Etwas anderes konnte er in der SPD des Kaiserreichs kaum sein. Und er hatte keinen Zweifel daran gehegt, dass »die glühende revolutionäre Leidenschaft und ein starkes ethisches Pathos«, die sich in Marxens Werk verbargen, »im Kampfe unsere besten Waffen sind und sein müssen«.⁴ Zugleich wurde seine Überzeugung von der Notwendigkeit der Revolution aber durch das Festhalten an dem »dumpfen Fatalismus«⁵ des historischen Materialismus gemildert. Eines Tages mussten die Arbeiter und ihre sozialistischen Führer handeln, doch dieser Tag war noch nicht gekommen. Auch wenn der junge Reuter im Marxismus kein Dogma hatte sehen wollen, war er dem Glauben an seine Gesetze stets treu geblieben. Jetzt, im Herbst 1917, fiel jede sozialdemokratische Geduld von ihm ab. Was sollte ihm die schizophrene Mischung aus Reformismus und Revolutionserwartung, die noch immer das Credo der deutschen Sozialdemokratie war, an-

4 Ernst Reuter: Karl Marx, in: Volkswacht vom 14. März 1913, wiederabgedruckt in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 1: Briefe, Aufsätze, Referate 1904 bis 1922. Hrsg. von Hans E. Hirschfeld u. Hans J. Reichhardt, Berlin (West) 1972, S. 313–315, hier S. 315.

5 Ebd.

Ernst Reuter
(rechts) als
Wanderredner
in Bielefeld,
um 1912.



gesichts dieses Jahrhundertexperiments noch bedeuten? Jetzt ging es ums Mitmachen.

Reuter betätigte sich politisch unter seinen Mitgefangenen und brachte es bald, im April 1918, zum Sowjetkommissar, der mit einer Mission an der Wolga betraut wurde. Noch verlockender freilich, als zum Aufbau der Russischen Sowjetrepublik beizutragen, erschien ihm die Möglichkeit, die Revolution in seine Heimat zu tragen. Im Dezember 1918 kehrte er, nachdem er von der deutschen Novemberrevolution Kenntnis bekommen hatte, nach Deutschland zurück und beteiligte sich an der Gründung der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD).

Reuters journalistische Tätigkeit in den folgenden drei Jahren ist ein plastisches Beispiel für das, was der »ethische Sozialist« Hendrik de Man einige Jahre später in seinem Buch *Zur Psychologie des Sozia-*

lismus als »Intelligenzler-Sozialismus«⁶ bezeichnet hat. Reuters Schriften waren durchdrungen von der eschatologischen Hoffnung, die der kommunistische Intellektuelle aus seiner Ideologie bezog und die er darum auch in die Arbeiterschaft hineinlesen musste, so etwa in einem Artikel für *Die Internationale* vom 22. September 1921, einen knappen Monat nach der Ermordung Matthias Erzbergers durch die Organisation Consul: »Niemand ahnte, daß die Schüsse auf Erzberger so bald die Rechtfertigung für diese Politik der Sammlung unserer Kräfte abgeben würde. Die so oft totgesagte deutsche Revolution, sie ist zu vollem Leben erwacht. Eine ungeheure Erregung belebt die deutschen Arbeitermassen, die Indifferenten nicht weniger als die Organisierten. Die sozialistischen, ja sogar die christlichen Arbeiter, die ganze Arbeiterschaft fühlt sich instinktiv bedroht. Sie spürt die Notwendigkeit des Zusammenhaltens und der zielbewussten Gegenwehr. [...] Die Arbeiterklasse und damit der Kommunismus hat alles zu gewinnen bei dieser steigenden Welle der Revolution. Diese Welle muss auch uns tragen. Die Bewegung des Proletariats muß unsere Bewegung sein.«⁷ Nicht die kommunistischen Kader führten also die Arbeiter zur Revolution, sondern die durch und durch klassenbewussten Arbeiter die Funktionäre. Es ist fraglich, ob der aus der »Bourgeoisie« stammende Intellektuelle Reuter die Gefühle der Arbeiter wirklich so gut kannte, wie er meinte. Bei De Man heißt es dazu: »Die Intelligenzler vergöttern das Proletariat, und zwar um so enthusiastischer, je weniger sie es kennen. Das Wort Proletariat hat im Munde des sozialistischen, besonders des marxistischen Intellektuellen von heute einen ähnlichen gerührt-vibrierten-

6 Hendrik de Man: Zur Psychologie des Sozialismus. Hrsg. von Artur E. Bratu, Bonn 1976 [erstmalig 1926], S. 162.

7 Ernst Reuter: Nach dem Parteitag, in: *Die Internationale* vom 22. September 1921, wiederabgedruckt in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 1, S. 527–576, hier S. 573 f.

Protestkund-
gebung der
VKPD anlässlich
der Ermordung
Matthias Erz-
bergers im Ber-
liner Lustgarten,
31. August 1921.



den Klang wie der Name des Heilands beim gläubigen Urchristen [...]. Denn für ihn ist das Proletariat der Erlöser, die Macht, der Wille, der das Sehnen nach einem besseren ›sozialen Jenseits‹ erfüllen soll. Es ist keine Wirklichkeit, sondern ein Begriff.«⁸

Der Begriff, den sich Reuter vom Proletariat machte – vom »Sehnen und Drängen der Arbeitermassen zum Sozialismus«⁹ – war ebenso falsch wie er der kommunistischen Orthodoxie entsprach. Ganz im Sinne dieses »Vulgärmarxismus«¹⁰ fielen auch Reuters Urteile über

8 De Man: Zur Psychologie des Sozialismus, S. 20.

9 Ernst Reuter: Parteitaktische Bemerkungen, in: Die Internationale vom 15. Dezember 1921, wiederabgedruckt in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 1, S. 581–589, hier S. 581.

10 De Man: Zur Psychologie des Sozialismus, S. 320.

die SPD aus. Seine Artikel und Reden dieser Jahre sind voll von den stereotypen Anklagen des revolutionären Sozialisten gegen die »kleinbürgerlich-demokratischen Methoden der Ebert-Republik«, gegen alle Sozialisten, die das Kind nicht mit dem Bade ausschütten wollten: »Die SPD will überhaupt keine Arbeiterpolitik, sie will bürgerlich-kapitalistische Politik.«¹¹ Reuters Ziel war die »Überwindung des Reformismus«, denn »[d]ie Koalition der Sozialdemokraten mit dem Bürgertum war und ist die Rettung der Bourgeoisie«. ¹² Er hatte die Lektionen des Kommunismus gut gelernt. Und doch scheint er nicht ganz glücklich gewesen zu sein mit der Art, wie die VKPD von Moskau aus geführt wurde. Mit aller ihm offenbar geboten erscheinenden Vorsicht schrieb er schon im Februar 1921, dass »ein verkehrt verstandener Zentralismus« niemals gefährlicher gewesen sei als zu diesem Zeitpunkt. Zentralismus dürfe nicht, wie in der alten SPD, bedeuten, dass die »Parteibürokratie« über einen »ausschlaggebende[n] Einfluss« verfüge, sondern nur die »zentrale Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte«. ¹³

Wie das möglich sein solle, sagte Reuter freilich nicht, und vor allem diese Stelle zeigt, dass er Prinzipien hatte, die im Grunde nicht mit dem Kommunismus vereinbar waren. Trotz allen revolutionären Elans hielt er doch viel auf die innerparteiliche Meinungs- und Dis-

11 Ernst Reuter: Das Ergebnis des Zentralausschusses, in: Die Internationale vom 1. Dezember 1921, wiederabgedruckt in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 1, S. 576–580, hier S. 576; ders.: Vor den Berliner Stadtverordnetenwahlen, in: Die rote Fahne vom 3. August 1921, wiederabgedruckt in: ebd., S. 543–548, hier S. 547.

12 Ders.: Zur Kritik der Partei. Sind wir schon eine festgefügte Partei?, in: Die rote Fahne vom 4. Februar 1921, wiederabgedruckt in: ebd., S. 496–500, hier S. 497; ders.: Vor den Berliner Stadtverordnetenwahlen, in: ebd., S. 546.

13 Ders.: Zur Kritik der Partei, in: ebd., S. 498.

kussionsfreiheit. Es war ihm nicht klar, dass die von ihm geschätzten Freiheiten und eine von der Komintern gesteuerte Partei, die ihre all-erklärende Ideologie nur in den Fällen suspendierte, in denen Moskau aus machtpolitischem Kalkül Flexibilität verlangte, sich widersprachen. Gleichwohl mag er sich dunkel an das erinnern haben, was er im November 1904 im ostfriesischen Leer als Obersekundaner in einem Aufsatz über das Thema Freiheit geschrieben hatte, dass nämlich die innere Freiheit, die Freiheit des Geistes, ebenso wichtig sei, wie die äußere Freiheit. Letztlich war es tatsächlich Reuters Eintreten für innerparteiliche Transparenz, Meinungsfreiheit und echte Kritik, das im Januar 1922 zu seinem Ausschluss aus der VKPD führte. Zuflucht fand er zunächst in der USPD, die es ihm ermöglichte, die VKPD zu verurteilen, ohne dem revolutionären Sozialismus abzuschwören. Erst als er sich im Oktober 1922 mit der Mehrheit der USPD-Mitglieder der SPD anschloss, folgte auf die organisatorische Trennung vom Kommunismus auch die gedankliche. Freilich blieb er dabei dem Marxismus vorerst weiterhin verbunden, nun aber der Spielart, die Hendrik de Man als »Edelmarxismus«¹⁴ bezeichnet hat, also einem Marxismus im Sinne Karl Kautskys, der zwar gegenüber dem Revisionismus Eduard Bernsteins auf der absoluten Notwendigkeit der Revolution bestand, zugleich aber den Reformismus als vorläufige Taktik der Arbeiterbewegung für zulässig hielt. Dementsprechend hielt Reuter an der unausräumbaren Feindschaft von Bürgertum und Arbeitern fest. Noch im Mai 1922 war sein Ziel die »Überwindung des Kapitalismus«¹⁵.

14 De Man: Zur Psychologie des Sozialismus, S. 320.

15 Ernst Reuter: Vom Zentralausschuss der KPD, in: Unser Weg vom 25. März 1922, wiederabgedruckt in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 2: Artikel, Briefe, Reden 1922 bis 1946. Bearb. von Hans J. Reichhardt, Berlin (West) 1973, S. 28–33, hier S. 33.

Der Weg zum liberalen Sozialismus

Dann kam Bewegung in sein Denken. Zwei Artikel aus dem Jahr 1923 zeigen, wie sich Reuter langsam und vorsichtig vom Marxismus löste. In einem Beitrag für die von dem russischen Sozialdemokraten Alexander Parvus herausgegebene Halbmonatsschrift *Die Glocke* vom 9. April 1923 scheute er noch davor zurück, seine eigene Haltung zur Frage des Verhältnisses von Arbeiterschaft und liberaler Demokratie allzu deutlich zu machen. Vielmehr nutzte er die Kritik an der Taktik der KPD, um seine Meinung anzudeuten. Bezeichnenderweise warf er den Kommunisten nicht vor, den Sozialismus aufzubauen und damit den bürgerlichen Liberalismus zerstören zu wollen. Noch hatte auch er selbst dieses Ziel nicht aufgegeben. Aber der Weg, es zu verwirklichen, musste aus seiner Sicht über die Anerkennung der herrschenden Verhältnisse führen: »Alle politischen Parteigebilde unterliegen den wandelnden Einflüssen der Zeit. Die ungeheuren Umwälzungen, die uns politisch und wirtschaftlich die Nachkriegszeit gebracht hat, wirken sich in allen Klassen und Schichten der Gesellschaft und all ihren politischen Organisationen aus. Wandlungen und Umgruppierungen vollziehen sich so gut im bürgerlichen wie im sozialistischen Lager. Nichts wäre gefährlicher, als wenn man sich durch schablonenmäßige Beurteilung nach veralteten Parteiphrasen davon abhalten ließe, zu dem Kern der politischen Umgruppierungen vorzudringen.«¹⁶

Natürlich hätte er auch weniger umständlich sagen können, dass sich unter den Vorzeichen der neuen Republik bürgerlicher Liberalismus und Sozialdemokratie so weit angenähert hatten, dass ihre Zu-

16 Ders.: Revisionismus in der KPD, in: *Die Glocke* vom 9. April 1923, wiederabgedruckt in: ebd., S. 39 – 43, hier S. 39.

sammenarbeit möglich hätte sein müssen, dass die Kooperation sogar, vor allem angesichts der Gegner der Republik an beiden Extremen des politischen Spektrums, eine Notwendigkeit geworden war. Er hätte damit den Grundsätzen seiner Partei nicht widersprochen, denn das Görlitzer Programm von 1921, das zu diesem Zeitpunkt noch galt, war im Großen und Ganzen reformistisch, ein mehr oder weniger klares Abbild des Bernstein'schen Revisionismus. Daneben enthielt das Programm aber Formulierungen, die zeigen, dass die SPD noch längst nicht bereit war, den Marxismus hinter sich zu lassen und sich voll und ganz auf den Boden des Liberalismus zu stellen, zum Beispiel das Bekenntnis zum »Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats« als einer »geschichtlichen Notwendigkeit und [...] sittlichen Forderung«. ¹⁷ Das Görlitzer Programm führt die Zerrissenheit der Weimarer Sozialdemokratie vor Augen, die noch immer keine endgültige Entscheidung zwischen der Mitarbeit im liberalen Staat und dem Wunsch nach revolutionärer Veränderung treffen wollte. Reuter ging es nicht anders als den meisten Sozialdemokraten. Das nur verklausulierte Bekenntnis zur sogenannten »Koalitionspolitik« ¹⁸ der SPD in seinem Artikel vom April 1923 macht das deutlich.

Daran änderte sich erst einmal nichts. In den Jahren 1923 und 1924 schwankte Reuter wie ein Rohr im Wind zwischen der Bejahung der liberalen Demokratie und der Hoffnung auf die Revolution. Auf der einen Seite finden sich in seinen journalistischen Arbeiten Passagen, in denen man nichts anderes sehen kann als ein zaghaftes Bekenntnis zur Integration der Arbeiterschaft in den »bürgerlichen Staat«: »Das

17 Das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen am 23. September 1921 zu Görlitz, Kiel 1921, S. 2.

18 Reuter: Revisionismus in der KPD, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 2, S. 41.



Parteitag der
SPD in Görlitz,
September 1921.

eigentliche Problem liegt in der Frage, ob der heutige Staat, zu dem die Arbeiterbewegung in tagtägliche Beziehungen tritt, von ihr als lediglich etwas Feindliches, als eine ›Organisation der herrschenden Klassen‹ bekämpft werden muß, bis durch die Eroberung der politischen Macht die Arbeiterschaft als politisch herrschende Partei an der Ausnutzung der Staatsmaschinerie für ihre Zwecke interessiert wird. So sehr die Praxis dieser primitiven Auffassung widerspricht, so notwendig wäre eine eingehende theoretisch durchdachte Stellung und Analyse der gegenwärtigen Beziehungen, die mit dem Ausdrucke ›Staatsnähe des Proletariats‹ gelegentlich gestreift wird.«¹⁹ Auf der andere Seite liest man

19 Ders.: Staat und Sozialismus, in: Vorwärts vom 3. Juni 1923, wiederabgedruckt in: ebd., S. 46–48, hier S. 48.

jedoch auch Äußerungen, die eine Sehnsucht nach dem Klassenkampf ausdrücken oder doch wenigstens vermuten lassen, dass Reuter noch immer die herrschenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse überwinden wollte, so etwa eine Bemerkung über Lenin nach dessen Tod im Januar 1924: »[H]ier offenbart sich die Schuld und die Tragik des Lebens eines Mannes, der sicherlich in ehrlicher Überzeugung und geleitet von uneigennütigen Erwägungen sein Leben dem Kampf für den Sozialismus gewidmet hatte, der aber, mißleitet durch falsche taktische Auffassungen das Gegenteil von dem erzielte, was er selbst gewollt hat.«²⁰ Der Aufbau des Sozialismus im Sinne einer Überwindung des Kapitalismus war noch immer Reuters Ideal.

Dieser Umstand darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass er die Kommunisten für ganz und gar unfähig hielt, den wahren Sozialismus zu schaffen: »Nichts von dem, was Lenin zu Beginn der bolschewistischen Revolution versprochen hatte, ist verwirklicht worden. Die angebliche Diktatur des Proletariats ist ausgeartet in eine Diktatur über das Proletariat [...].«²¹ Die Sozialdemokratie war aus Reuters Sicht die einzige aufrichtige Anwältin des Sozialismus, weil nur sie der Tatsache Rechnung trug, dass es ohne Freiheit keinen Sozialismus geben konnte. Dabei sah er einen engen Zusammenhang zwischen der »Befreiung der Menschen von der Knechtung durch die Maschine, von der Beherrschung durch veraltende anarchisch-kapitalistische Wirtschaftsformen« und der äußeren Freiheit des Staates, »weil ohne Freiheit keine Demokratie denkbar oder lebensfähig wäre.«²² Als er sich im April

20 Ders.: Lenin gestorben, in: Vorwärts vom 23. Januar 1924, wiederabgedruckt in: ebd., S. 63–67, hier S. 67.

21 Ebd., S. 66.

22 Ders.: Nation, Pazifismus, Arbeiterschaft, in: Die Glocke vom 9. April 1924, wiederabgedruckt in: ebd., S. 76–78, hier S. 76.



Ernst Reuter in
Berlin, um 1929.

1924, ausgehend von dieser Überzeugung, gegen die »unerträglichen, widersinnigen Fesseln des Versailler Vertrags« wandte, die Deutschlands »Millionenarbeiterschaft« in Unfreiheit hielten,²³ näherte er sich damit einem Standpunkt an, den später, zu Beginn der 1930er Jahre, die sogenannte Junge Rechte innerhalb der SPD vertreten sollte. Nach dem Willen der Jungen Rechten, der zum Beispiel Gustav Dahrendorf, Theodor Haubach, Julius Leber, Carlo Mierendorff, Gustav Radbruch, August Rathmann und Paul Tillich angehörten, sollten die deutschen Sozialdemokraten erkennen, dass zwischen Sozialismus und Nationalismus kein Widerspruch bestehe. Es ging ihnen darum, dem Nationalsozialismus eine eigene Vorstellung von einem »nationalen Sozialismus« entgegenzusetzen. Reuter hatte schon 1924 etwas Ähnliches gefordert: »[W]ir müssen sicher auch innerhalb der Arbeiterschaft den gesunden Willen zu nationaler Selbstbehauptung und Selbstachtung miterwecken helfen und uns von der kleinlichen Furcht freimachen, als ob wir oder auch das Volk dadurch »nationalistisch« würden. Wenn wir nicht das tun, was getan werden muß und was die geschichtliche Lage Deutschlands von uns erfordert, dann besorgen es höchstens andere, die dann sicher diese geheimen Wünsche der Volksmassen im Sinne deutschvölkischer und deutschnationaler Katastrophenpolitiker mißbrauchen.«²⁴

Anders als andere kommunistische Apostaten, zumal nach dem Zweiten Weltkrieg, begnügte Reuter sich nicht damit, die Unzulänglichkeiten seines alten Glaubens vorzuführen und auf die Gefahr hinzuweisen, die von ihm ausging. Seine Ablehnung des Kommunismus ließ ihn nicht blind für eine andere Gefahr werden, in der sich diejenige

23 Ebd.

24 Ebd., S. 78.



Erster Spatenstich für die Selbsthilfe-Siedlung Lemsdorf bei Magdeburg, 10. Mai 1932.

des Kommunismus spiegelte. Freilich wurde diese andere Gefahr erst mit dem Erfolg der Hitler-Bewegung wirklich greifbar. Es hat sicher mit der parallelen Bedrohung von links und rechts zu tun, dass Reuter jeden Zweifel daran verlor, dass die Arbeiterschaft nur auf dem Boden der Weimarer Republik und damit der liberalen Demokratie gedeihen und größere Freiheit erringen konnte. Auch seine Erfahrungen in der Kommunalpolitik dürften dazu beigetragen haben. Besonders als Stadtverordneter und Stadtrat für Verkehrswesen in Berlin, später aber auch als Oberbürgermeister von Magdeburg, lernte er in den 1920er und frühen 1930er Jahren, dass politisches Handeln in einer liberalen Demokratie die ständige Bereitschaft zum Kompromiss voraussetzte. Von Klassenkampf wollte er deshalb bald nichts mehr hören. Das führt unter anderem eine Rede Reuters vor Augen, die er am 11. August 1932 als Oberbürgermeister von Magdeburg anlässlich des Verfassungstages

hielt: »[I]ch bekenne mich offen zu einer Partei und kann nicht finden, daß der Deutsche, der sich offen zu einer Partei bekennt, deswegen in feindseligem Haß und abgrundtiefer Verachtung andern Deutschen, die sich zu anderen Parteien bekennen, gegenüberstehen muß.«²⁵ Die Weimarer Verfassung galt ihm nun als der beste Garant dafür, »soziale Gerechtigkeit« zu schaffen. Vom Gedanken an die Revolution war nichts, vom Marxismus nur einige Überreste geblieben. Reuter verteidigte jetzt den Konsens der wenigen Parteien, die die Weimarer Republik im Jahr 1932 noch bejahten, gegen die »Diktaturapostel von rechts und links«²⁶. Er war zum liberalen Sozialisten geworden. Wer einen freiheitlichen Sozialismus wollte, das hatte Reuter nun verstanden, musste den für die westliche Welt konstitutiven Liberalismus gegen seine Feinde von rechts und links verteidigen, jenen Liberalismus im Sinne eines Gattungsbegriffs also, auf dem das gesamte Projekt der Moderne beruht.

Nach Leo Strauss ist die Moderne in »drei Wellen«²⁷ entstanden: Die erste Welle brachte durch eine mit Niccolò Machiavelli beginnende Rebellion gegen die klassische politische Philosophie den Liberalismus hervor; die zweite Welle ließ, ausgehend von Jean-Jacques Rousseau, aus dem Liberalismus den revolutionären Sozialismus und dann den Kommunismus entstehen; und mit der dritten Welle, deren Stichwortgeber Friedrich Nietzsche war, trat der Faschismus auf den

25 Ders.: Rede zum Verfassungstag am 11. August 1932, in: Magdeburger Amtsblatt vom 13. August 1932, wiederabgedruckt in: ebd., S. 390–393, hier S. 391.

26 Ders.: Angriff, immer wieder Angriff, in: Das Reichsbanner vom 5. November 1932, wiederabgedruckt in: ebd., S. 403–405, hier S. 404.

27 Leo Strauss: *The Three Waves of Modernity*, in: ders.: *An Introduction to Political Philosophy. Ten Essays*. Hrsg. von Hilail Gildin, 2., erw. Aufl., Detroit 1989, S. 81–98, hier S. 81.

Plan. Der Sozialismus, zu dem sich Reuter nach seinem Ausschluss aus der Kommunistischen Partei allmählich bekehrt hatte, war ebenso wie der Liberalismus und der Konservatismus als politische Strömungen ein Produkt der ersten Welle. Wer versuchte, ihn vom Nährboden des Liberalismus zu entfernen, verwandelte ihn unvermeidlich in eine Variante des Totalitarismus, in ein Produkt der zweiten Welle. Reuter schrieb sich daher am Beginn der 1930er Jahre die Verteidigung eines Sozialismus innerhalb des Liberalismus auf die Fahnen.

Im Exil

Doch einstweilen sollte er damit genauso scheitern wie alle liberalen Anhänger der Weimarer Republik. Bald nach dem Sieg des Hitlerismus drängte ihn die neu errichtete Tyrannis ins Exil. Als Professor für Kommunalwissenschaft an der Hochschule für Politische Wissenschaften in Ankara hatte Ernst Reuter Gelegenheit, die liberale Seite seines Sozialismus zu kultivieren. Zusammen mit anderen aus Deutschland stammenden Professoren – zum Beispiel dem in Istanbul lehrenden Ökonomen Alexander Rüstow – gründete er als einziger Sozialdemokrat 1943 den Deutschen Freiheitsbund, der sich um Kontakte zu amerikanischen Stellen bemühte.

Die Zusammenarbeit von Rüstow und Reuter ist deshalb bemerkenswert, weil Reuter seit seinem Wiedereintritt in die SPD seinen Sozialismus immer weiter liberalisiert hatte, während Rüstow in den 1930er Jahren zu jenen Liberalen gehörte, die angesichts der Weltwirtschaftskrise zu der Auffassung gelangten, der alte Laissez-faire-Liberalismus müsse durch Elemente korrigiert werden, die man gemeinhin sozialistisch nennen könnte. Rüstow schlug dafür im Jahr 1938 beim Walter-Lippman-Kolloquium in Paris die Bezeichnung »Neoliberalismus« vor. Zu dem Kolloquium hatten sich Liberale aus verschiedenen Ländern auf Einladung von Louis Rougier versammelt, um die Thesen zu diskutieren, die der amerikanische Journalist Walter Lippmann in seinem Buch *The Good Society* dargelegt hatte. Unter Neoliberalismus verstanden nicht alle Teilnehmer dasselbe, aber fast alle teilten die Auffassung, dass der Markt einer stärkeren staatlichen Lenkung unterworfen werden sollte.

Gewiss, Reuter bedauerte, dass er in Ankara keine anderen deutschen Sozialdemokraten als Gesprächspartner hatte, und glaubte, dass das Deutschland der Zukunft »einen großen Schritt in der Richtung



Ernst Reuter im Kreis seiner türkischen Studenten, um 1938.

zu kollektivistischer Wirtschaft«²⁸ machen müsse. Aber für einen reformistischen Sozialdemokraten wie ihn dürfte es Schlimmeres gegeben haben als die Forderungen des Neoliberalismus. Im Kampf gegen die zwei Seiten des Totalitarismus waren Männer wie Reuter und Rüstow, obgleich sie »aus verschiedenen Lagern und Traditionen«²⁹ stammten, natürliche Verbündete. In einem Flugblatt mit dem Titel *Was soll werden?* legte die Gruppe ihre Pläne für ein vom Nationalsozialismus befreites Deutschland dar. Ihr Programm war eine Mischung aus Forderungen nach eher milden gesellschaftlichen Reformen und ei-

28 Ernst Reuter an Carl Ebert, 23. Dezember 1943, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 2, S. 557 f., hier S. 558.

29 Ernst Reuter an Albert Grzesinski, 24. August 1943, in: ebd., S. 542–545, hier S. 543.

nem Bekenntnis zu den »formellen Freiheiten«, die das Hitler-Regime in Deutschland restlos beseitigt hatte. Deutschland sollte nach dem Willen des Freiheitsbundes eine liberale Demokratie nach angelsächsischem Vorbild werden, also eine Demokratie ohne die Mängel und Hypotheken der Weimarer Republik. Zentral war dabei die Forderung nach einem echten Pluralismus: »Wir werden wie überall in der Welt auch in unserem Volke verschiedene Ideale haben, und darum wird es auch verschiedene politische Parteien geben müssen. Jedes gesunde Volk braucht konservative und vorwärtsdringende Kräfte. Ihr friedliches Ringen miteinander ist ein Zeichen gesunden Volkslebens.«³⁰ Besonders der Verweis auf die »konservativen« und die »vorwärtsdringenden Kräfte« ist aufschlussreich: Der Freiheitsbund bekannte sich damit zur Zweipoligkeit der Politik unter den Bedingungen der liberalen Moderne.

Die Gegenüberstellung von Progressiven und Konservativen verwies auf zwei Strategien zur Gestaltung des Liberalismus, die sich am besten mit den Begriffen »Politik des Glaubens« und »Politik der Skepsis« fassen lassen, wie Michael Oakeshott die beiden Prinzipien neuzeitlicher Politik genannt hat.³¹ Beide Strategien – die der bewussten Veränderung und die der Bewahrung durch vorsichtige Reformen – waren aus Sicht des Freiheitsbundes gleichermaßen legitim, weil sie beide den Liberalismus gestalten wollten, statt ihn zu überwinden, wie es Kommunisten, Faschisten und Nationalsozialisten beabsichtigten. Liberaler Sozialismus und liberaler Konservatismus waren nur innerhalb des liberalen Systems politische Gegner und auch dort kei-

30 Was soll werden?, in: ebd., S. 545–551, hier S. 548.

31 Michael Oakeshott: *The Politics of Faith and the Politics of Scepticism*. Hrsg. von Timothy Fuller, New Haven u. a. 1996.

ne erbitterten. Nach außen waren sie Verbündete. Zudem sollte das System ein Mittelweg zwischen den Extremen sein, vor allem in der zukünftigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung: »Nur was jeder leistet, darf über seine Stellung und seine Zukunft entscheiden. Alle Fleißigen müssen Bildungs- und Aufstiegschancen haben. Weder der Ameisenstaat noch die Anarchie der Brutalen ist das Ideal. Im einzelnen werden wir später die Wege frei erörtern. Kompromisse zwischen verschiedenen Zielsetzungen sind weder töricht noch schimpflich, sie sind in einem großen freien Volke, das inmitten andere Völker lebt und von deren Entwicklung beeinflusst wird, schlechthin notwendig.«³² Das war nicht nur ein Bekenntnis zur demokratischen Gleichheit und zum liberalen Leistungsgedanken. Die Verfasser setzten damit auch voraus, dass die Volkswirtschaft eines zukünftigen deutschen Staates im Sinne einer »mixed economy« organisiert sein würde, also eine durch milde staatliche Eingriffe geregelte Marktwirtschaft haben sollte, die dann in der Bundesrepublik mit der Sozialen Marktwirtschaft tatsächlich gekommen ist.

Diese programmatischen Aussagen zeigen, dass die Verfasser des Flugblatts, die mit seiner Hilfe Kontakte zu deutschen Emigranten in Amerika herstellen wollten, den Anschauungen bereits nahestanden, die zu jener Zeit in den Vereinigten Staaten herrschten beziehungsweise sich gerade ausbildeten. Das Flugblatt *Was soll werden?* kann auch als Plädoyer für einen deutschen New Deal gelesen werden, zumindest aber für einen ähnlichen Konsens, wie er die Vereinigten Staaten vom Beginn des Kalten Krieges im Jahr 1947 bis zur Mitte der 1960er

32 Was soll werden?, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 2, S. 549.

Jahre prägte. Der von Historikern so genannte »liberale Konsens«³³ einigte die Vertreter zweier Arten von Liberalismus, die der Soziologe Edward Shils später als »autonomistischen« und »kollektivistischen Liberalismus«³⁴ charakterisiert hat, zwei Arten des Liberalismus, die trotz einer unterschiedlichen Entwicklung ihrer Prinzipien zur selben Familie gehörten. Man könnte auch von klassischem und sozialem Liberalismus sprechen. Der Konsens hatte mehr Anhänger unter den Demokraten als unter den Republikanern, umfasste aber dennoch große Teile beider Parteien. Bei allen Unterschieden, die es zwischen den verschiedenen Vertretern des liberalen Konsenses gab, herrschte Einigkeit darüber, dass der Liberalismus im Inneren nur dann reformiert und im Sinne sozialstaatlicher Reformen gestaltet werden konnte, wenn er auch nach außen mit größter Entschiedenheit verteidigt wurde. Für viele Linksliberale hatte Letzteres lange Zeit nur im Hinblick auf die Achsenmächte gegolten. Voraussetzung für den liberalen Konsens war aber nicht nur, dass die gemäßigten Republikaner den New Deal zu akzeptieren lernten, sondern auch dass die linksliberalen Demokraten sich von der Illusion trennten, die Sowjetunion unter »Uncle Joe« sei nur eine andere Art von Demokratie. Viele amerikanische Intellektuelle verstanden erst nach dem Zweiten Weltkrieg, dass der Westen nur darum mit der Sowjetunion verbündet sein konnte, weil es darum ging, mit vereinten Kräften eine noch größere Gefahr abzuwenden, dass darüber hinaus aber ein tiefer Gegensatz zwischen Liberalismus und Kommunismus bestand. Einer, der es früher verstand als ande-

33 Iwan W. Morgan: *Beyond the Liberal Consensus. A Political History of the United States since 1965*, London 1994, S. 1.

34 Edward Shils: *The Antinomies of Liberalism*, in: ders.: *The Virtue of Civility. Selected Essays on Liberalism, Tradition and Civil Society*. Hrsg. von Steven Grosby, Indianapolis 1997, S. 123–187, hier S. 125.

re, war der protestantische Theologe Reinhold Niebuhr, der, als er im Jahr 1944 von den »Kindern der Finsternis«³⁵ sprach, nicht nur die Nationalsozialisten und Faschisten meinte. Schonungslos deckte er die Illusionen auf, die viele amerikanische Linksliberale gegenüber der Sowjetunion hegten und die bis zum amerikanischen Kriegseintritt auch seine eigenen gewesen waren.

Als die deutschen Emigranten in der Türkei den Deutschen Freiheitsbund ins Leben riefen, hatte Ernst Reuter solche Illusionen schon lange nicht mehr. Sie waren spätestens in den Straßenkämpfen der letzten Jahre der Weimarer Republik zu Bruch gegangen. Er wusste, dass der Liberalismus von zwei Seiten bedroht war, dass es zwei Arten von »Kindern der Finsternis« gab und dass überdies eine »gewisse Neigung zum Zusammengehen zwischen diesen Extremen rechts und links«³⁶ bestand. Schon 1943 wies er deswegen die Möglichkeit einer »kommunistische[n] Entwicklung« in Europa zurück, da der Kommunismus im Kern den Grundprinzipien der westlichen Zivilisation widerspreche: »Zehn Jahre tyrannischer Gewaltherrschaft können nicht durch eine neue Gewaltherrschaft anderer Färbung abgelöst werden. [...] Neue Fahnen, neue Wimpel, neue Galgen ... nein. Unser neuer Glaube, an dem es uns nicht fehlt und auch nicht fehlen wird, wird dauernder sein, wenn vielleicht auch weniger wirkungsvoll nach außen, für die Dauer wirksamer. Und ohne das Wort ›Freiheit‹ wird kein Bestand sein.«³⁷

35 Reinhold Niebuhr: Die Kinder des Lichts und die Kinder der Finsternis. Eine Rechtfertigung der Demokratie und eine Kritik ihrer herkömmlichen Verteidigung, München 1947 [engl. 1945], S. 15.

36 Ernst Reuter an Carl Ebert, 23. Dezember 1943, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 2, S. 557 f., hier S. 557.

37 Ebd., S. 558.

Reuter hätte sich eigentlich im Klaren darüber sein müssen, dass die Freiheit nur aus dem Westen kommen konnte. Während er dem in der Sowjetunion entstandenen Nationalkomitee Freies Deutschland um Generalfeldmarschall Friedrich Paulus mit äußerster Skepsis begegnete, nahm er im Mai 1944 Kontakt zu Reinhold Niebuhr auf, der, selbst deutschstämmig, seit 1935 Vorsitzender der American Friends of German Freedom war und nun auch die Gründung des Council for a Democratic Germany durch Paul Tillich unterstützte. Darüber hinaus waren es die Briten, die Reuter im November 1946 die Rückkehr nach Deutschland ermöglichten. Fürs Erste aber ließ er Vorsicht walten. Noch im Februar 1947, weniger als einen Monat vor der Verkündung der Truman-Doktrin, hob er als Stadtrat für Verkehr und Versorgungsbetriebe in Berlin ein ums andere Mal seine Liebe zum russischen Volk hervor und fügte behutsam an, dass eine Verständigung mit der Sowjetunion nicht ohne eine echte demokratische Entwicklung in Deutschland möglich sei. Bald wurde klar, dass dies kein realistisches Szenario war.

Der Kampf für die Freiheit des Westens

Zunächst beschäftigte Reuter aber die Frage nach der Zukunft des Sozialismus in den liberal-demokratischen Industriegesellschaften. Was er damals auf wirtschaftspolitischem Gebiet zu sagen hatte, war, verglichen mit den allgemeinen Positionen der Sozialdemokratie, wenig originell. Reuter wollte von Marx nicht vollkommen lassen. Es sei eine Tatsache, so schrieb er in einem Artikel über die künftigen Aufgaben der SPD, dass »fast alle grundlegenden Erkenntnisse, die Marx uns vermittelt hat«, sich durchgesetzt hätten: »Daß der Prophet nicht immer so sehr recht behalten hat wie der wirtschaftliche Forscher, ist kein Wunder. Schließlich ist das Kommunistische Manifest vor hundert Jahren geschrieben, und niemand kann erwarten, daß ein so großes Genie damals all die Irrwege hätte voraussehen können, die die Geschichte tatsächlich gegangen ist.«³⁸ So weit die Theorie. In der Praxis sah es anders aus. Zwar forderte Reuter im April 1947 als ersten möglichen Schritt auf dem Weg zu einer kollektivistischen Wirtschaft die »unmittelbare Vollsozialisierung«³⁹ der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie. Aber die darin noch immer enthaltene, durchaus zeittypische Idee einer Überwindung der Marktwirtschaft sollte bald dem sachten Plädoyer für ihre Reform Platz machen.

1947 glaubte Reuter noch, im »Schoße der kapitalistischen Wirtschaft« die »ersten Ansätze der sozialistischen Wirtschaft« erkennen

38 Ernst Reuter: Aufgaben und Funktionen der SPD, in: Das Sozialistische Jahrhundert vom April 1947, wiederabgedruckt in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 3: Artikel, Briefe, Reden 1946 bis 1949. Bearb. von Hans J. Reichhardt, Berlin (West) 1974, S. 151–158, hier S. 154.

39 Ders.: Referat auf der 1. Tagung des 4. Landesparteitags der Berliner SPD am 27. April 1947, in: ebd., S. 190–219, hier S. 208.

zu können.⁴⁰ Einige Jahre später, im November 1951, war er zwar immer noch der Meinung, dass die Förderung von Kohle und die Produktion von Eisen und Stahl gemeinschaftlich kontrolliert werden sollten, aber von »Vollsozialisierung«, war keine Rede mehr. Wichtiger noch war, dass er nun auch das marxistische Dogma ganz und gar verwarf. Die Entwicklung des Kapitalismus sei »nicht die einfachen Wege gegangen, die die Väter des Kommunistischen Manifestes vorausgesehen haben. Nirgends in der Welt hat der Großbesitz mit unvermeidlicher Zwangsläufigkeit alle kleineren und mittleren Betriebe aufgefressen und das ganze Volk als einen Haufen besitzloser Proletarier einigen wenigen Großkapitalisten gegenübergestellt.«⁴¹ Vorbild sollte nicht mehr die marxistische Doktrin sein, sondern ausgerechnet der amerikanische »Kapitalismus«, dem in Europa so viele Sozialisten, aber auch Konservative mit unverhohlener Skepsis, ja Ablehnung, begegneten. Reuter bemühte sich, nachdem er die Vereinigten Staaten im März 1949 besucht hatte, sichtlich um eine ebenso nüchterne wie positive Beurteilung dieses »phantastisch[en]«⁴² Landes. Nach einer weiteren Amerika-Reise im Jahr 1951 nutzte er das dort Gesehene, um die Kritik zu untermauern, die er bei einer SPD-Kundgebung an Ludwig Erhards Wirtschaftspolitik übte: Während die Bundesregierung Auffassungen verhaftet sei, die aus dem Jahr 1850 stammen könnten, sei

40 Ders.: Wege und Formen der Sozialisierung. Vortrag auf der Jahrestagung der Zeitschrift »Das sozialistische Jahrhundert« am 30. November 1947 in Berlin, in: ebd., S. 297–318, hier S. 303.

41 Ders.: Manuskript eines Vortrags für eine SPD-Veranstaltung in Wiesbaden am 11. November 1951, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 4: Reden, Artikel, Briefe 1949 bis 1953. Bearb. von Hans J. Reichhardt, Berlin (West) 1975, S. 476–487, hier S. 483 f.

42 Ernst Reuter an seine Frau Hanna Reuter, 26. März 1949, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 3, S. 675.



Oberbürgermeister Ernst Reuter bei der Eröffnung der Kreuzberger Festwochen, 1949.

»eine gewisse Lenkung, eine gewisse Planung, eine gewisse Ordnung und eine klare Einsicht zu unterscheiden, was wichtig ist und was weniger wichtig«, längst Bestandteil des amerikanischen Wirtschaftslebens und werde von Demokraten wie Republikanern befürwortet.⁴³

Das war nicht irgendeine Bemerkung – jedenfalls nicht für einen deutschen Sozialdemokraten des Jahres 1951. Denn was er seinen Genossen da sagte, war nichts anderes, als dass sie Karl Marx endgültig gegen John Maynard Keynes austauschen sollten und dass der »liberale Konsens«, der die Vereinigten Staaten prägte, ein Vorbild für die Bundesrepublik sein müsse. Was der amerikanische Historiker Arthur Schlesinger – einer der führenden Propagandisten des »liberalen Konsenses« – 1949 in seinem Buch *The Vital Center* zu diesem Thema erläuterte, hätte Reuter unterschreiben können: »Die Lehre aus den Experimenten mit dem demokratischen Sozialismus ist ganz einfach, dass der Staat Bedingungen für wirtschaftliche Entscheidungen herstellen, aber nicht alle Entscheidungen selbst treffen sollte. Er sollte ein wirtschaftliches Klima schaffen, das solchen privatwirtschaftlichen Tätigkeiten günstig ist, die die Produktivität steigern; und dann sollte er die Dinge so weit wie möglich dem freien Markt überlassen. Keynes, nicht Marx, ist der Prophet des neuen Radikalismus.«⁴⁴

Vor diesem Hintergrund erhält unsere Feststellung, Reuter sei ein »liberaler Sozialist« gewesen, eine andere Bedeutung. Denn wenn wir ihn mit Blick auf seine Positionen am Beginn der 1930er Jahre so charakterisiert haben, dann nicht weil er die Marktwirtschaft akzeptiert

43 Ernst Reuter: Rede auf der Kundgebung in der Messehalle am Funkturm nach der Amerika-Reise am 18. März 1951, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 4, S. 346–363, hier S. 355.

44 Arthur M. Schlesinger, Jr.: *The Vital Center. The Politics of Freedom*. New introduction by the author, New York 1988 [erstmalig 1949], S. 182f.



Eleanor Roosevelt mit Ernst Reuter in New York, April 1951.

hatte und es ihm lediglich darum ging, die allgemeinen Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern. Am Ende der Weimarer Republik war Reuter ein liberaler Sozialist, weil er den politischen Liberalismus akzeptiert hatte, weil er somit einem Typus entsprach, den Wilhelm Röpke, einer der Begründer des Ordoliberalismus, als »antitotalitären Sozialisten«⁴⁵ bezeichnet hat. Bis zum Beginn der 1950er Jahre hatte sich Reuter indessen so weit entwickelt, dass sein Sozialismus über den Antitotalitarismus hinaus liberal war. Er selbst war jedenfalls davon überzeugt. Trotz seiner parteipolitisch motivierten und im Kern ebenso unzutreffenden wie ungerechten Kritik an den Ansichten »[s]eines Freundes, Professor Erhard«⁴⁶, gehörte er zu jenen Sozialisten, mit denen die Liberalen, wie Röpke glaubte, mittel- bis langfristig einen Ausgleich finden konnten. Natürlich ging Röpke davon aus, dass dazu die Sozialisten erst einmal die Marktwirtschaft als die einzig denkbare Wirtschaftsform einer liberalen Demokratie akzeptieren müssten. Aber er wäre kein Ordoliberaler gewesen, wenn er nicht auch von den Liberalen Bewegung gefordert hätte. »Die Zahl derjenigen Sozialisten, mit denen ein schließlicher Friedensschluß möglich ist«, so schrieb er 1950 in seinem Buch *Maß und Mitte*, »wird nun um so größer sein, je mehr der Liberale bereit ist, die schweren Fehler eines wirtschaftlichen Liberalismus hervorzuheben, der den Gedanken der Marktwirtschaft in einer heute als angreifbar erwiesenen Form vertreten hatte, und sich mit den Sozialisten in der Kritik der Verhältnisse weitgehend zu vereinigen, die sich daraus ergeben.«⁴⁷

45 Wilhelm Röpke: *Maß und Mitte*, Erlenbach u.a. 1950, S. 30.

46 Ernst Reuter: *Die Rolle der Parteien in der Demokratie*. Vortrag vor dem Deutschen Liberalen Club am 10. Juli 1950, in: Ernst Reuter. *Schriften, Reden*, Bd. 4, S. 225–245, hier S. 235.

47 Röpke: *Maß und Mitte*, S. 30.

Reuter hätte nicht nur dieser Aussage zustimmen können, sondern auch Röpkes Forderung, dass alle, »die sich zum Erbgut des säkularen Liberalismus, wenn auch keineswegs zu diesem Namen selbst, bekennen«, eine »große gemeinsame Front« gegen den sowjetischen Totalitarismus bilden sollten.⁴⁸ Denn es war eben diese gemeinsame Front, an der Reuter nach dem Beginn der Berlin-Blockade zu arbeiten begann – nicht nur in seinen Reden, von denen viele ihre Spuren im kollektiven Gedächtnis hinterlassen haben, sondern auch ganz konkret in seiner täglichen Arbeit als Oberbürgermeister beziehungsweise Regierender Bürgermeister von West-Berlin. Ein Beispiel dafür ist sein Engagement im Kongress für kulturelle Freiheit, in dem sich liberale Sozialisten, Linksliberale und Liberalkonservative begegneten. Als Reuter am 26. Juni 1950 die Gründungssitzung des Kongresses im Titania-Palast in Berlin-Steglitz eröffnete, war auch Röpke anwesend – ein Zeichen dafür, dass sie trotz unterschiedlicher wirtschaftlicher Überzeugungen zumindest für eine gemeinsame, übergeordnete Sache arbeiteten, für die Verteidigung der Freiheit des liberalen Westens gegen eine Sowjetunion, die Reuter in seiner Eröffnungsrede als ein »Reich der Tyrannei« bezeichnete, »das von der Elbe nach Wladiwostock vorübergehend errichtet worden ist«.⁴⁹

»Vorübergehend errichtet« – eine Formulierung, die deutlich macht, dass Reuter mehr als nur Containment wollte. Wieder und wieder hat er darauf hingewiesen, dass dem Westen die Freiheit nichts nütze, wenn die ostmitteleuropäischen Völker sie nicht auch bekämen. Reuter wollte den Rollback. Das war nicht ganz realistisch. Eindäm-

48 Ebd.

49 Ernst Reuter: Rede zur Eröffnung des Kongresses für kulturelle Freiheit im Titania-Palast am 26. Juni 1950, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 4, S. 222–225, hier S. 224.

mung war schon eine große Aufgabe. Aber seine Forderung zeigt, dass es ihm ernst war, und vor allem, dass es ihm nie nur um Berlin oder gar nur West-Berlin ging. Die Freiheit war aus Reuters Sicht das Geburtsrecht aller Menschen und man durfte sie nicht aus vermeintlich »realistischen« Motiven einem Teil der Menschheit vorenthalten. Kein Wunder, dass er auch anderen Argumenten der außenpolitischen »Realisten« nicht zugänglich war, etwa dass es sich bei dem Konflikt zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten in erster Linie um einen machtpolitischen Gegensatz handele. Reuter war sicher, dass es dabei um mehr ging, dass diese Konfrontation durch und durch ideologisch war und dass es dafür nur einen Verantwortlichen gab: »Dieses teuflische, satanische System, das einen ganzen Staat wie Polen vom Osten genommen hat, ihn nach dem Westen verlagert hat, um ewigen Unfrieden zwischen Deutschland und Polen zu säen, dieses System muß in seine Schranken zurückverwiesen werden. Das ist der wahre Angriff, der in der Welt vor sich geht. Das ist die wahre imperialistische Aggression, unter der wir augenblicklich stehen, nicht die Tatsache, daß die Amerikaner uns ein paar hundert Millionen DM oder Dollars zum Aufbau unserer Stadt zur Verfügung stellen [...]«. Auch machte er immer wieder deutlich, was viele wohlmeinende Intellektuelle – Liberale wie Sozialisten – nicht begreifen wollten, dass es nämlich mit einem Regime wie dem der Sowjetunion, an deren totalitärem Charakter er keine Zweifel ließ, keine »friedliche Koexistenz« geben konnte. Gerade die Sozialdemokraten sollten das niemals vergessen: »Wir wissen, daß das totalitäre Sklavensystem Stalins das genaue Gegenteil von dem ist, was wir erstreben, und daß kein Kompromiß, nicht der leiseste, zwischen uns und diesem System möglich ist.«⁵⁰

50 Ders.: Manuskript eines Vortrages für eine SPD-Veranstaltung in Wiesbaden am 11. November 1951, in: ebd., S. 482.

So ließe sich fortfahren mit Zitaten, in denen sich Reuters unumstößliche Überzeugung ausdrückt, dass der beginnende Kalte Krieg ein Kampf ums Überleben der westlichen Zivilisation war. Gewiss hat die Tatsache, dass er diese Überzeugung unentwegt äußerte, damit zu tun, dass er im entscheidenden Augenblick Oberbürgermeister West-Berlins wurde. Aber sie ist doch auch das Ergebnis von Prinzipien, die in ihm über Jahrzehnte hinweg herangereift waren, das Produkt eines langen politischen Lebens, während dessen er nie versäumt hatte, aus eigenen Fehleinschätzungen zu lernen. Am Beginn seiner politischen Tätigkeit wurde Reuter Sozialist und er blieb es zeitlebens. Aber die Art seines Sozialismus änderte sich über die Jahre. Und seine kompromisslose Verteidigung der politischen und persönlichen Freiheiten war der Erkenntnis geschuldet, dass es einen wirklich humanen, in der Tradition des Westens stehenden Sozialismus ohne sie nicht geben konnte. Wäre Reuter nicht bereits 1953 verstorben, wäre er sicher vollends zu der Auffassung gelangt, dass der Sozialismus niemals eine freie Gesellschaft als Ganze prägen kann, wenn sie frei bleiben soll, sondern dass er nur einige seiner Prinzipien verwirklichen kann. Dass er zu diesem Schluss gekommen wäre, lässt sich vermuten, weil er, auch wenn seine Bewunderung für Marx nie ganz versiegte, in einem wichtigen, ja alles entscheidendem Punkt von ihm abwich: Anders als Marx glaubte Reuter nicht, dass die »formellen Freiheiten«, also individuelle und politische Freiheiten, ohne das, was Marx »reelle Freiheit« nannte, bedeutungslos seien. Vielmehr war er durchdrungen von dem Glauben, dass die »formellen Freiheiten« die unabdingbare Voraussetzung für jede andere Art von Freiheit seien. Sozialistische Forderungen konnten nicht vor der politischen Demokratie, nicht ohne persönliche und politische Freiheiten verwirklicht werden, weil der Versuch, den Sozialismus vor der Freiheit zu schaffen, zwangsläufig im Gulag enden musste. Gewiss, Reuter war nicht der einzige Sozialdemokrat, der so dachte.



Ernst Reuter auf der Kundgebung zum 1. Mai 1951 auf dem Platz der Republik.

Aber seine besondere Stellung in Berlin gab ihm die Gelegenheit, der gesamten Welt vor Augen zu führen, dass der Kampf gegen den sowjetischen Kommunismus keine Privatsache der »Bourgeoisie« war, sondern dass es sich um eine Aufgabe handelte, die alle Anhänger der liberalen Demokratie gemeinsam bewältigen mussten. Darin, dass er diese Gelegenheit beherzt ergriffen und dem westlichen Freiheitsideal mit innerer Überzeugung und großer Eloquenz seine Stimme geliehen hat, liegt seine historische Bedeutung.

Weiterführende Literatur

- David E. Barclay: Schaut auf diese Stadt. Der unbekannte Ernst Reuter, Berlin 2000.
- Willy Brandt/Richard Lowenthal: Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biographie, München 1957.
- John Ehrman: The Rise of Neoconservatism. Intellectuals and Foreign Affairs, 1945–1994, New Haven u. a. 1995.
- Bernd Faulenbach: Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2012.
- John Lewis Gaddis: Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, 2. Aufl., München 2009.
- Jan Hegner: Alexander Rüstow. Ordnungspolitische Konzeption und Einfluß auf das wirtschaftspolitische Leitbild der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Deutschland (= Marktwirtschaftliche Reformpolitik, N.F., Bd. 4), Stuttgart 2000.
- Hans Jörg Hennecke: Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung, Stuttgart 2006.
- Michael Hochgeschwender: Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen (= Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 1), München 1998.
- Heinz Reif/Moritz Feichtinger (Hrsg.): Ernst Reuter. Kommunalpolitiker und Gesellschaftsreformer 1921–1953 (= Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 81), Bonn 2009.
- Hannes Schwenger: Ernst Reuter. Ein Zivillist im Kalten Krieg, München 1987.
- Heinrich August Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924 (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in

Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 9), 2., völlig durchges. u. korr. Aufl., Berlin (West) 1985.

Ders.: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930 (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 10), 2., vollst. durchges. u. korr. Aufl., Berlin (West) 1988.

Ders.: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933 (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 11), 2., vollst. durchges. u. korr. Aufl., Berlin 1990.

Der Autor

Matthias Oppermann, Dr. phil., geboren 1974, Studium der Geschichte und der Französischen Philologie. 2006 Promotion an der Universität Bonn mit einer Arbeit zum politischen Denken Raymond Arons, die im Jahr 2006 mit dem Prix Raymond Aron und im Jahr 2007 mit dem Bruno-Heck-Wissenschaftspreis ausgezeichnet wurde. Seit 2008 Akademischer Mitarbeiter an der Professur für Neuere Geschichte I der Universität Potsdam. Veröffentlichungen zur Geschichte des politischen Denkens und des politischen Liberalismus im 19. und 20. Jahrhundert.

Bildnachweis

bpk Berlin S. 17: Nr. 30021547.

Landesarchiv Berlin, E Rep. 200-21 (Fotos) S. 10: Nr. 1108; S. 19: Nr. 120; S. 21/Umschlagseite hinten links: Nr. 1238; S. 25: Nr. 564.

Landesarchiv Berlin, E Rep. 200-21-01 S. 35/Umschlagseite hinten rechts: Nr. 371, F 634.

Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 S. 12: Nr. II 11374; S. 33: Nr. 0082497 (Alois Bankhardt); S. 40/Cover: Nr. 0011340 (Bert Sass).
ullstein bild – Roger-Viollet S. 7: Nr. 42718017.



Peter Brandt

1948 – Jahr der Entscheidungen

Ernst Reuter und der Weg in den Kalten Krieg

Ernst-Reuter-Hefte, Heft 1

48 Seiten Paperback

ISBN 978-3-95410-006-4

5,00 € [D]

Das Jahr 1948 gehörte zu den Schlüsseljahren im 20. Jahrhundert: Der Kalte Krieg erlebte seinen ersten Höhepunkt. Der »Eiserne Vorhang« teilte Europa und die Welt in zwei Machtbereiche. Berlin wurde zur dramatischen Bühne im Ost-West-Konflikt. Der Versuch Stalins, die Westmächte mittels der Blockade aus der Stadt zu drängen, scheiterte einerseits an dem Entschluss der Alliierten, den Westteil Berlins nicht preiszugeben, sowie andererseits an dem Durchhaltewillen der Berliner selbst. In dieser Zeit stieg Ernst Reuter zur wichtigsten Stimme für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung auf.

In der ersten Ausgabe der Ernst-Reuter-Hefte stellt Peter Brandt die Persönlichkeit und die historischen Leistungen des legendären »Blockade-Bürgermeisters« vor. Er beschreibt, wie der Politiker Reuter mit Leidenschaft und moralischer Überzeugungskraft, aber auch mit nüchterner Sachlichkeit und Sachkenntnis die Geschehnisse der Halbstadt während der bedrohlichen Monate 1948/49 mitgestaltete. So entsteht ein nuanciertes und ausgewogenes Bild von diesem für die Nachkriegsgeschichte Berlins so entscheidenden Jahr.

www.bebra-wissenschaft.de



Michael C. Bienert, Uwe Schaper,
Hermann Wentker

Hauptstadtanspruch und symbolische Politik

Die Bundespräsenz im
geteilten Berlin 1949–1990

Zeitgeschichte im Fokus, Band 1

358 Seiten, 80 z.T. farbige Abb. gebunden
ISBN 978-3-95410-100-9
24,95 € [D]

In den Jahrzehnten der deutschen Teilung bestanden vielfältige enge Beziehungen und Bindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik Deutschland. Diese Verbundenheit wurde während der 1950er und 1960er Jahre durch große symbolische Gesten unterstrichen. Sowohl die Bundesversammlungen und die Sitzungswochen des Bundestages, die an der Spree stattfanden, als auch die Präsenz von zahlreichen Bundeseinrichtungen in der Halbstadt brachten den Anspruch zum Ausdruck, dass Berlin trotz der Zweistaatlichkeit weiterhin die »natürliche« Hauptstadt Deutschlands sei. Damit verband sich bei vielen Menschen die Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung. Je länger die Teilung des Landes dauerte, desto mehr veränderten sich allerdings die Ziele und der grundsätzliche Charakter der Bundespräsenz.

Historiker, Politikwissenschaftler und Archivare gehen in dem Band unterschiedlichen Facetten der symbolischen Politik für Berlin nach. Die westdeutschen Finanzhilfen kommen ebenso zur Sprache wie das wechselvolle deutsch-deutsche Verhältnis und die Auswirkungen auf die internationale Politik. So entsteht ein differenziertes Bild dieses weithin in Vergessenheit geratenen Kapitels der deutschen Zeitgeschichte.

ERNST-REUTER-ARCHIV

STIFTUNG

Die Stiftung Ernst-Reuter-Archiv wurde am 26. März 2010 gegründet. Sie ist dem Gedenken an den ersten Regierenden Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter (1889–1953), gewidmet. Wie kaum eine andere Persönlichkeit hat er nach dem Zweiten Weltkrieg die Geschichte Berlins und Deutschlands geprägt. Seine Rolle als wichtigste Stimme für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung während der sowjetischen Blockade 1948/49 ist legendär. Bis zu seinem Tod im September 1953 setzte sich Ernst Reuter mit allen Kräften dafür ein, dass die Belange West-Berlins und der Menschen auf der östlichen Seite des »Eisernen Vorhangs« im politischen Geschehen der Bundesrepublik Deutschland gebührend berücksichtigt wurden.

Zugleich weist die Arbeit der Stiftung über die historische Person von Ernst Reuter hinaus. Sie richtet sich auf die wissenschaftliche Erforschung und Aufarbeitung der Zeitgeschichte. Modernen Fragestellungen und interdisziplinären Ansätzen aufgeschlossen, sucht die Stiftung Ernst-Reuter-Archiv nach neuen Perspektiven auf die Geschichte Berlins und Deutschlands im 20. Jahrhundert.

Mehr Informationen unter www.ernst-reuter.org



Wie kein anderer deutscher Sozialdemokrat hat Ernst Reuter den Sozialismus als Mittel zur Verwirklichung von individueller und politischer Freiheit gesehen – als eine Doktrin zur Gestaltung des Liberalismus, nicht zu seiner Überwindung. Seine Erfahrungen mit dem Sowjetkommunismus ließen ihn früh erkennen, dass vom Sozialismus nichts übrig bleibt, wenn er vom Nährboden des Liberalismus entfernt wird. Schon in der Zeit der Weimarer Republik verstand er, dass nicht die vom Marxismus verheißene sozialistische Gesellschaft das Ziel sein konnte, nicht die Überwindung des Liberalismus, sondern seine Reform. Im Kampf gegen die totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts waren liberale Sozialisten und liberale Konservative Verbündete.

Matthias Oppermann geht den Grundlagen dieses Denkens nach und beantwortet die Frage, warum Reuter als Regierender Bürgermeister von Berlin zu einem der entschiedensten Verteidiger der Freiheit in der westlichen Welt wurde.

ISSN 2194-5810
ISBN 978-3-95410-013-2



€ 5,- | D |

ERNST-REUTER-ARCHIV
STIFTUNG

www.bebra-wissenschaft.de